

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Stefanie Lejeune und Werner Kuhn (FDP)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

Housing-Initiative Rheinland-Pfalz (HIRP)

Die **Kleine Anfrage 940** vom 30. August 2007 hat folgenden Wortlaut:

Im Rahmen der HIRP für die Standorte Kaiserslautern und Spangdahlem ist ein Wohnungsbauprogramm in Aussicht genommen, dessen Umfang allein für den Raum Kaiserslautern bis 2011 1750 Wohneinheiten umfassen soll. Nach Aussagen des US-Wohnungsamtes in Ramstein besteht demgegenüber bis 2011 kein weiterer Bedarf an Wohnraum außerhalb der US-Liegenschaften.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie erklärt die Landesregierung widersprüchliche Aussagen hinsichtlich des Bedarfs an Wohnraum und hinsichtlich des Umfangs der geplanten Errichtung neuen Wohnraums?
2. Welche Ergebnisse hat die Ermittlung des Leerstands privaten Wohnraums im Umfeld der Air Base Ramstein und der Air Base Spangdahlem durch die HIRP unter Einbeziehung der Wohnraumprognose des US-Wohnungsamtes ergeben?
3. Welche Vorsorge trifft die Landesregierung, dass die HIRP nicht zu Lasten privater Vermieter bei den Militärstandorten gehen wird?
4. Besteht vor dem Hintergrund der HIRP grundsätzlich weiterhin die Möglichkeit der Vermietung privaten Wohnraums an Angehörige der US-Streitkräfte?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 14. September 2007 wie folgt beantwortet:

Die Landesregierung betreibt aufgrund globaler politischer Veränderungen seit 2003 eine aktive Standortsicherung der US-Streitkräfte im Land. Dabei haben von Anfang an US-Regierung und US-Kongress die Landesregierung gebeten, die qualitative und quantitative Bereitstellung von Wohneinheiten über den privaten Markt und außerhalb der militärisch gesicherten Liegenschaften für einen zusätzlichen Bedarf sicherzustellen. Die US-Regierung betreibt dabei aktiv den Ersatz von Apartmenteinheiten durch Häuser auf dem privaten Markt, wobei die Anforderungen hinsichtlich der Standortbedingungen und der Qualität der Häuser seitens der US-Streitkräfte verändert wurden.

Eine aktive Rolle der Landesregierung steht dabei im Zusammenhang mit der Standortsicherung der US-Streitkräfte in ganz Rheinland-Pfalz, so insbesondere auch für den Standort Baumholder. Sämtliche Daten und Bedarfe wurden der Landesregierung von der US-Seite übermittelt, so zuletzt im Dezember 2006, als Bedarfszahlen von US-Verantwortlichen dem Minister des Innern und für Sport unmittelbar übergeben wurden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu 1.:

Die Landesregierung prüft aktuell mit den US-Streitkräften, ob es seit Abschluss der Bedarfsstudie Ende 2006 zu einer Anpassung der Bedarfszahlen gekommen ist.

b. w.

Zu 2.:

Die Landesregierung hat veranlasst, dass die HIRP eine Beurteilung der Leerstandszahlen vornimmt.

Zu 3.:

Die HIRP, welche nicht selbst baut, steuert nur die Realisierung eines „zusätzlichen Bedarfs“, wie er in der Bedarfsstudie der US-Streitkräfte von 2006 bis 2011 ermittelt wurde.

Zu 4.:

Ja.

Karl Peter Bruch
Staatsminister